



Niederschrift

Innen- und Rechtsausschuss

19. Wahlperiode - 143. Sitzung

- Vorwegauszug -

am Mittwoch, dem 9. März 2022, 14:00 Uhr,
im Plenarsaal des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Abg. Barbara Ostmeier (CDU)	Vorsitzende
Abg. Tim Brockmann (CDU)	
Abg. Lukas Kilian (CDU)	
Abg. Hans Hinrich Neve (CDU)	
Abg. Katrin Fedrowitz (SPD)	
Abg. Thomas Rother (SPD)	
Abg. Stefan Weber (SPD)	i. V. von Abg. Dr. Kai Dolgner
Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Abg. Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Abg. Aminata Touré
Abg. Jan Marcus Rossa (FDP)	
Abg. Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mündliche Anhörung	4
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht (Landesverfassungsgerichtsgesetz - LVerfGG)	4
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3652	

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Mündliche Anhörung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht (Landesverfassungsgerichtsgesetz - LVerfGG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/3652](#)

(überwiesen am 25. Februar 2022)

hierzu: [Umdruck 19/7205, 19/7308](#)

Herr Professor Dr. Brüning, Präsident des Landesverfassungsgerichts, bemerkt einleitend, es habe beim Gericht zu Irritationen geführt, dass der Landtag nur zwei Tage nach der mündlichen Verhandlung über den Notausschuss eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung eingeleitet und dann auch verabschiedet habe ([Drucksache 19/3663](#)). In der mündlichen Verhandlung habe es hingegen vonseiten des Landtags noch geheißen, dass dies nicht vorgesehen sei. Er konzediere, dass es sich um einen Zufall handeln möge, stelle jedoch die Frage in den Raum, ob dies der richtige Umgang im Verhältnis zweier Verfassungsorgane sei.

Herr Dr. Schürmann, Leiter der Abteilung Parlamentarische Dienste der Landtagsverwaltung, entgegnet, er habe für den Landtag an der von Präsident Dr. Brüning genannten Verhandlung teilgenommen und müsse daher richtigstellen, dass er dort mitgeteilt habe, dass es durchaus Entwurfsfassungen sowohl zur Änderung der Geschäftsordnung als auch zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes gebe, die jedoch zu dem Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung vor dem Landesverfassungsgericht noch nicht in das formale parlamentarische Verfahren eingebracht worden seien. Er habe mitnichten ausgeschlossen, dass in der laufenden Wahlperiode eine entsprechende Änderung durch den Landtag beschlossen würde.

Präsident Dr. Brüning führt sodann zu der Vorlage, [Drucksache 19/3652](#), aus, der Entwurf setze eine Situation voraus, in der die Infrastruktur des Landes stark geschädigt sei, insbesondere auch keine hybride Sitzung des Landtags gemäß Artikel 22a Absatz 5 Landesverfassung möglich sei. Dem Entwurf zufolge solle dann gleichwohl formwirksam ein Antrag gestellt wer-

den, vom Landesverfassungsgericht entgegengenommen und von mindestens drei Richterinnen beziehungsweise Richtern behandelt werden. Er gebe zu bedenken, dass die Richterinnen und Richter des Landesverfassungsgerichts ehrenamtlich tätig und nicht ständig am Gerichtssitz anwesend seien. Da das Gericht über keine krisenfeste Infrastruktur verfüge, wäre es in einer Notlage bereits schwierig, den Aufenthaltsort der Richterinnen und Richter zu ermitteln. Die Kommunikation mit anderen Verfassungsorganen sei bereits in Friedenszeiten sehr schwierig, so sei beispielsweise eine elektronische Zustellung vom Landesverfassungsgericht an den Landtag zuletzt nicht möglich gewesen. Somit bleibe nur die Post, deren Funktionsfähigkeit jedoch bei Vorliegen einer Notlage auch nicht vorausgesetzt werden könne. Die praktische Durchführung von Entscheidungen in knappen Fristen sei daher seiner Einschätzung nach schwierig bis unmöglich. Er rege an, eine krisenfeste Ausstattung der Infrastruktur des Landesverfassungsgerichts in den Blick zu nehmen.

Nach Artikel 22a Absatz 6 Satz 3 Landesverfassung, so Herr Dr. Brüning, komme dem Landesverfassungsgericht nicht nur ein feststellender, sondern auch ein kassatorischer - soweit es um Beschlüsse des Notausschusses gehe - beziehungsweise ein rechtsgestaltender - wenn es um die Frage des Zusammentritts des Notausschusses gehe - Entscheidungsausspruch zu. Diese Besonderheit rechtfertige möglicherweise, das Verfahren nicht als Organstreit, sondern als Verfahrensart sui generis auszugestalten und an anderer Stelle im Landesverfassungsgerichtsgesetz zu normieren. Dafür spreche auch, dass es eine Reihe von Folgefragen gebe, die im vorliegenden Entwurf nicht geregelt seien, sich aber in der praktischen Anwendung, soweit sie prognostisch antizipierbar sei, stellen würden.

Zum einen sehe § 38a des Entwurfs eine einstweilige Anordnung des Landesverfassungsgerichts vor. Jedoch sei das Verhältnis zu einer mutmaßlichen Hauptsacheverhandlung ungeklärt: Weder sei normiert, ob es sie geben müsse, noch, wie sich ein Entscheidungsausspruch im Hauptsacheverfahren in Bezug auf die einstweilige Anordnung verstehe. Offen sei ferner, ob ein Hauptsacheverfahren erzwungen werden könne.

Zum Zweiten gebe es keine Regelung zum Antragsgegner. Die Kurzfristigkeit des durchzuführenden Verfahrens verlange dies wohl auch nicht. Beim Zusammentritt des Notausschusses müsse der Antragsgegner mutmaßlich der Landtag oder der Landtagspräsident, der die Notlage festzustellen habe, sein. Bei einem in Zweifel gezogenen Beschluss des Notausschusses sei es einfacher, hier müsse wohl der Notausschuss selbst Antragsgegner sein.

Nach § 38a Absatz 1 Satz 2 des Entwurfs finde § 30 Absatz 1, 3 und 4 VerfGG keine Anwendung. Damit werde die Zugangshürde für diese Rechtsschutzform, die eigentlich auf die Abwehr schwerer Nachteile in Bezug auf die verfassungsmäßige Stellung des Abgeordneten bezogen sei, abgesenkt. § 38a Absatz 4 des Entwurfs sehe eine Sachentscheidung des Landesverfassungsgerichts vor. Es frage sich jedoch, auf welcher Grundlage diese Sachentscheidung getroffen werden könne. Auch die Begründung des Gesetzentwurfs enthalte hierzu keine Angaben. Das Landesverfassungsgericht unterliege der Untersuchungsmaxime, müsste also von sich aus aufklären, ob eine Notlage vorliege. Dies dürfte jedoch in der zu erwartenden Situation einer Notlage erschwert sein, sodass am Ende seiner Einschätzung nach - wenn überhaupt - nur eine Entscheidung nach Aktenlage möglich sein dürfte.

Es stelle sich die Frage, ob das ein Maß an Rechtsschutz darstelle, das dem angestrebten Ziel entspreche, da dem Gericht dann lediglich die Ausführungen des Landtagspräsidenten und die Antragsbegründung des entsprechenden Abgeordneten vorlägen. Nur auf diese Aktenlage gestützt müsse das Landesverfassungsgericht nach dem Entwurf dann nicht nur eine Folgenabschätzung durchführen, wie es im einstweiligen Rechtsschutz üblich sei, sondern eine Sachentscheidung treffen. Er gebe zu, dass es wahrscheinlich objektiv unmöglich sei, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass eine entsprechende Sachentscheidung möglich werde. Die kriegesischen Ereignisse in der Ukraine zeigten jedoch, wie schnell auch ein entwickeltes Land in einen Notzustand geraten könne, in dem vermeintliche Selbstverständlichkeiten, die für die Durchführung eines Verfahrens erforderlich seien, nicht mehr funktionierten.

Zuletzt, so Präsident Professor Dr. Brüning, weise er darauf hin, dass die Fristen sehr kurz bemessen seien. Dies sei in einer Notlage wohl sachgerecht, jedoch ergäben sich daraus Folgefragen. Ein Eilantrag gegen einen Beschluss habe aufschiebende Wirkung um zwei Tage. Es sei jedoch die Konstellation denkbar, dass der Eilantrag das Gericht erst nach einem Tag erreiche, sodass der Beschluss in der Zwischenzeit bereits wirksam geworden sei. Offen sei, ob das Landesverfassungsgericht diesen Beschluss dann kassieren könne beziehungsweise das Verfahren dann in ein Organstreitverfahren wechsele.

Ferner sehe § 38a Absatz 1 Satz 1 des Entwurfs vor, dass die Beschlüsse des Notausschusses für „einstweilen“ unanwendbar erklärt werden könnten. Wenn es kein Hauptsacheverfahren gebe, stelle sich die Frage, wann dieses „einstweilen“ ende. Die Formulierung verlange, dass die Erklärung des Landesverfassungsgerichts befristet sein müsse, beziehungsweise, dass es eine nachträgliche Entscheidung des Landesverfassungsgerichts geben müsse.

Wenn man sich auf den Standpunkt stelle, dass ein Abgeordneter, der nicht rechtzeitig einen entsprechenden Antrag nach Artikel 22a Absatz 6 Satz 3 stelle, nicht mehr rechtsschutzwürdig sei, so erscheine ihm dies unter den zu beachtenden Umständen einer Notlage ein außerordentlicher geringer Rechtsschutz zu sein.

Herr Dr. Becker, Professor am Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, schließt sich einleitend den Ausführungen von Präsident Dr. Brüning an und trägt seine Stellungnahme vor ([Umdruck 19/7308](#) und Anlage 1).

Abg. Rother fragt Herrn Dr. Schürmann nach der Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes zu den Einwänden der Anzuhörenden. - Herr Dr. Schürmann sichert zu, dass der Wissenschaftliche Dienst dem Ausschuss bis zum Ende der laufenden Woche eine schriftliche Stellungnahme zuleiten werde.

Der Ausschuss kommt überein, den Gesetzentwurf zur zweiten Lesung im März-Plenum 2022 anzumelden.